

## Augen und Ohren auf

Liebe Leserin, lieber Leser

Verdeckte Aktionen und Operationen sind auf dem modernen Gefechtsfeld von grosser Bedeutung. Tarnung und auch Täuschung sind in aktuellen Konflikten überlebenswichtig. Dass hier die Schweizer Armee in der Ausbildung wieder vieles zu lernen hat, zeigt ein Beitrag der OG Panzer in diesem Heft auf.

Doch nicht nur in der unmittelbaren Konfliktzone, auch im weiten Hintergelände spielen solche Aktionen eine essenzielle Rolle. Die Anschläge auf die beiden Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 in Gewässern von Schweden und Dänemark haben halb Europa aufgeschreckt. Obwohl über die beiden Linien wegen der gegenseitigen Sanktionen gar kein Gas mehr floss, zeigen die Vorfälle auf, wie verwundbar wichtige Infrastrukturen auf dem Kontinent sind. Auch wenn es noch nicht amtlich ist, so weisen alle Indizien auf Sabotage hin.

Darüber, wer hinter den Anschlägen steckt, wird jedoch weiterhin gerätselt. Auch wenn Russland als Urheber im Fokus steht, gibt es Argumente, dass die USA oder gar die Ukraine dafür verantwortlich sein könnten. Dass Russland seine eigenen Anlagen zerstört und sich damit eines Druckmittels im ganzen Sanktionenpoker beraubt, ist nicht wirklich logisch. Für eine russische Urhebererschaft würde aber sprechen, dass Moskau ein grosses Interesse an einem Chaos auf dem Energiemarkt hat – um sich dann auf anderem Weg, wie mit einer Pipeline über die Türkei, wieder als Energielieferant ins Spiel zu bringen.

Ein Chaos auf dem Energiemarkt ist zudem ein wichtiger Bestandteil von Putins Absicht, im Westen generell Angst und Unsicherheit zu verbreiten und so dessen Willen zu untergraben, die Ukraine auf Dauer zu unterstützen. Ohne die militärische und wirtschaftliche Hilfe aus dem Westen wäre die Ukraine kaum überlebensfähig. Wenn es Russland zurzeit auch an der Front an Erfolgen fehlt, so besitzt das riesige Land doch eine lange Durchhaltefähigkeit. Putin wird deshalb den Krieg in die Länge ziehen – ein «Spiel» auf Zeit. Und zu diesem dürften weitere Anschläge und Sabotageakte auf die Infrastruktur im Westen gehören – weit über die ohnehin schon stattfindenden Cyberangriffe hinaus. Die Europäer müssten jetzt eigentlich gewarnt sein, zumal durch einen weiteren Sabotageakt Anfang Oktober der Bahnverkehr in Norddeutschland für einige Stunden lahmgelegt wurde. Zwar ist auch hier die Urhe-



**Christian Brändli, Chefredaktor**

[christian.braendli@asmz.ch](mailto:christian.braendli@asmz.ch)

berschaft noch unklar, doch Bundeswehrgeneral Carsten Breuer mahnte: «Jede Umspannstation, jedes Kraftwerk, jede Pipeline kann attackiert werden.»

Dass aber auch Russland selbst punkto Abwehr nicht auf der Höhe ist, zeigen die Angriffe – vermutlich von ukrainischer Seite – auf die Krim-Luftwaffenstützpunkte Saky sowie jüngst Belbek. Zur Verschleierung des eigenen Unvermögens tischte Russland beides Mal Unfallgeschichten auf. Anders war dies dann beim Anschlag auf Putins Prestigeobjekt, die Brücke von Kertsch, die vom russischen Festland auf die annektierte Krim führt. Hier präsentierte Russland schnell die potenziellen Urheber – und erhöhte die Überwachungsmassnahmen dieser für die russischen Invasionstruppen wichtigen Lebensader.

Doch es ist naiv zu glauben, dass solche Bedrohungen die Schweiz nichts angehen. Unser Land ist schon längst nicht nur Standort ausländischer Geheimdienste, sondern zunehmend auch deren Ziel. Br Daniel Krauer, Chef des Militärischen Nachrichtendienstes (MND) sowie der unter dem sperrigen Namen «Dienst für präventiven Schutz der Armee» (DPISA) fungierenden Abteilung, die die Armee vor Spionage und Sabotage schützen soll, hat am jüngsten Rapport den Mahnfinger erhoben. Spionage sei aktuell die grösste Gefahr für die Armee. Und es gebe mehrere Indizien, die darauf hindeuteten, dass die gegnerischen Aktivitäten in jüngerer Zeit verstärkt worden seien. Dies nicht zuletzt auch wegen der westlichen Militärtechnologie, die die Armee verwende und damit für Spione interessanter macht. Sein Aufruf zur Wachsamkeit sollte eigentlich nicht nur an die Nachrichtendienstspezialisten, sondern an alle Armeeangehörigen gehen.